hilfesuchende Person (Name, Vorname)	Geburtsdatum
Straße, Haus-Nr.	
PLZ, Ort	

Eingangsvermerk/-stempel

Glaubhaftmachung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse

Ich versichere, dass ich in meinem Antrag auf Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) vom _____ **2022** keine wesentlichen Tatsachen über meine Einkommens- und Vermögensverhältnisse verschwiegen habe.

Insbesondere versichere ich, dass ich selbst sowie die zu meinem Haushalt gehörenden Personen

	Name, Vorname	Geburtsdatum
1.		
2.		
3.		
4.		
5.		

- keine** laufenden und einmaligen Einkünfte aus der Ukraine oder aus anderen Ländern oder in Deutschland (Bezüge, Einkommen, Renten jeglicher Art, Sozialhilfe usw.) beziehen.
- laufende und einmalige Einkünfte aus der Ukraine oder aus anderen Ländern oder in Deutschland beziehen (Bezüge, Einkommen, Renten jeglicher Art, Sozialhilfe usw.), und zwar
 _____ in Höhe von _____ Hrywna (UAH).
 _____ in Höhe von _____ Euro.

- keine** Bankkonten in der Ukraine oder im Ausland oder in Deutschland besitzen.
- Bankkonten in der Ukraine oder im Ausland oder in Deutschland besitzen, und zwar:

Bank	
IBAN	
Kontoinhaber	
Verfügungsberechtigte	
Kontostand	am: _____ in Höhe von: _____

Bank	
IBAN	
Kontoinhaber	
Verfügungsberechtigte	
Kontostand	am: _____ in Höhe von: _____

Bank	
IBAN	
Kontoinhaber	
Verfügungsberechtigte	
Kontostand	am: _____ in Höhe von: _____

- Ich habe Zugriff auf diese Konten (z. B. mit EC-Karte, Geldkarte, Kreditkarte, Onlinebanking).
- Ich habe **keinen** Zugriff auf diese Konten, weil (Gründe angeben):
-

Ich bestätige die Vollständigkeit, Richtigkeit und Wahrheit meiner Angaben.

Chemnitz, _____

Unterschrift Leistungsempfänger/in

Ich bin darüber belehrt, dass

- aufgrund falscher Angaben erhaltene soziale Leistungen zu Unrecht erbracht wurden und von mir zurückgezahlt werden müssen (§§ 45, 50 SGB X),
- vollstreckbare öffentlich-rechtliche Geldforderungen im Ausländerzentralregister eingetragen werden (§ 2 Abs. 2 Nr. 4 AZRG)
- das Sozialamt jeden Verdacht des Sozialleistungsbetruges zur Anzeige bringt.

Bewusst falsche Angaben im Zusammenhang mit dem Antrag auf soziale Leistungen können den Straftatbestand des Betruges (§ 263 StGB) erfüllen. Der Betrug kann mit bis zu 5 Jahren Freiheitsstrafe oder mit einer Geldstrafe bestraft werden.